

Dresdner Volkszeitung

Postleitzettel: Leipzig,
Gedenk & Comp., Nr. 20612.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Banfforto: Gebr. Arnold, Dresden.

Gesamtpreis einschließlich Druckerlohn monatlich 4.50 M., durch die Post bezogen vierzehnmal 13.50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn monatlich 7.25 M. Einzelnummer 20 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettinerplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Bettinerplatz 10. Tel. 25261.
Geschäftsjahr von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachts.

Anzeigenpreis: die 9 gefüllte Komparezeile 1.80 M., Familienanzeigen 1.30 M., die 8 gefüllte Kellamezeile 6.00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Erhöhung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefmarkenlegung 20 Pf.

Nr. 135

Dresden, Dienstag den 15. Juni 1920

31. Jahrg.

Die Unabhängigkeit der Presse

Gegen jeden einflussreichen wirtschafts- oder kultur-politischen Reformversuch wird der Einwand erhoben: das ist ein Experiment, da übersehen wir nicht die Folgen, solche Folgen sind zu gefährlich. Hinter dem Einwand steht die Meinung: wenn wir nichts tun, dann ist das kein „Experiment“. Das ist Überglück! Das Risiko ist ebenso folgerichtet und gefährlich wie der plötzliche Eingriff. Als vor einem Jahr einmal die Sozialisierung der Presse erörtert wurde, hielt es überall: darauf können wir uns nicht einlassen, die Folgen wären unübersehbar. Man tat also nichts. Die Folgen des Nichtstuns aber waren übersehbar. Nicht nur einige weitsichtige Sozialisten haben sie gesehen, sondern auch Herr Stinnes! Ihm konnte nichts gelegen kommen, als daß die Regierung den Kopf in den Sand stieß, um so besser konnte er ans „Experimentieren“ gehen. Sein Experiment haben wir jetzt in der Form des Stinnes-Plan der Presse vor uns. Soll es weitergehen? Nein. Wir müssen einsehen, daß die Experimentierfreud in den alten Obrigkeitsstaat gehört, in die Zeit, als wir nur für uns allein, aber nicht für die Unterlassungen der Regierung verantwortlich waren. Heute kann es ein viel schwererer Fehler sein, gar nichts zu versuchen, als ein halbgeglücktes Experiment gewagt zu haben. Wir müssen auch zwischen Experiment und Experiment unterscheiden lernen. Am gewagtesten sind vielleicht Experimente, die recht „vorsichtig“ aussehen, aber tatsächlich unübersehbar sind. Man denkt an das Interessentenmonopol. Dieser Eingriff sieht so aus, als ob er weniger gefährlich wäre als ein vollständiger Neuaufbau des Zeitungswesens. Vieles mögen das glauben. Aber vielleicht irren sie darin. Ein baufälliges Gebäude soll erneuert und festig werden. Zwei Pläne liegen vor. Plan A: Man erlege die Pfeiler des Mittelbaus durch neue und führe die Seitenflügel durch Betoneisenkonstruktionen. Kosten 1000000 M. Plan B: Man erneuere das Fundament des ganzen Schlosses und erneuere, von unten nach oben aufsteigend, Pfeiler und Mauerwerk im ganzen. Kosten 3000000 M. Es wird nach Plan A verfahren. Bei der Erneuerung des Mittelbaupfeilers zeigt sich, daß der Truhen von den Flügeln auf das Mittelgerüst infolge Verfalls stärker war, als angenommen wurde. Hierauf wird eine Siliplastkonstruktion gegen dieses Truhen eingebaut und die Pfeiler der Mitte können nun erneut werden. Mehrkosten 500000 M. Nach Fertigstellung des Mittelbaus zeigt sich, daß die baufälligen Seitenflügel keinen Raum mehr haben für die Schwankungen bei Stürmen, das Ganze bricht in allen Ecken. Der Plan mit dem Betoneisen genügt nicht mehr. Man muß die Seitenflügel von Grund auf erneuern. Mehrkosten 1000000 M. Nun ist der ästhetische Gesamteinindruck zerstört. Auch der Mittelbau muß erneuert werden, der teure und gewagte Pfeilererfolg wäre überflüssig gewesen. Mehrkosten 1000000 M. Mehrkosten des Planes A: 3500000 M. — 500000 M. mehr als bei Plan B. Mehrkosten des Umbaus: drei Jahre. Unendlicher Verzug. Im Anfang aber sah Plan A weniger gewagt und weniger folgenreich aus als Plan B und das hatte den Auslöser gegeben!

Ein sozialpolitisch-wirtschaftliches „Experiment“ ist unter Umständen dann weniger gewagt und weniger gefährlich, wenn es umfassend ist, so daß man das ganze betreffende Gebiet mit einem Plan umspannt, als wenn es Teilmachtnahmen enthält, die dann Jahrzehnte hindurch immer neue Beratungen, neue Teilmachtnahmen, Rückschläge und Verzug nach sich ziehen. Vielleicht ist es so mit der Presse.

Mit der Aufgabe, die Presse im ganzen in einen der Demokratie würdigen Zustand zu überführen, hat sich bisher am eingehendsten Genosse Wolfgang Schumann befähigt. Seine Schrift „Reform und Sozialisierung der Tagespresse“, Cölln, München 1919. Er nimmt gleichzeitig und mit einem Plan die rein wirtschaftliche, die moralpolitische und die machtpolitische Seite der Sache in Angriff. Seine Schrift bringt einen erläuterten kurzen Vorschlag zu einem umfassenden Pressegesetz. Sein Ziel ist in erster Linie, daß jegliche wirtschaftliche, privatkapitalistische Presse, jegliche Unternehmenspresse über die politische, kulturpolitische und soziale Haltung der Presse ausgeschaltet werde, ferner: daß die höchste wirtschaftliche Nationalisierung sämtlicher Zeitungsunternehmungen ermöglicht werde (von denen viele jetzt Muster von Unwirtschaftlichkeit sind), ferner: daß ein weitgehender Ausgleich der Leistungstechnischen Konturen wiedergefunden, soweit diese wirtschaftlichen Ursprungs sind, stattfinde. Diese Aufgaben schlägt er vor, zu lösen durch Bildung eines das ganze Reich und seine gesamte Tagespresse umfassenden, gezielt geordneten „Trusts“. Die gesamte Bewirtschaftung der Presse wäre danach an eine neugebildende, rein wirtschaftlich operierende, zentrale Verwaltungsstelle zu übergeben, die in beliebigem Maße unter öffentliche Rücksicht gestellt werden könnte. Die Verwaltung selbst könnte natürlich landeskommunal- oder freistaatliche Weise erfolgen, während die letzten Entscheidungen und Abredenungen einer zentralen Vorbehalt blieben. Die Preisverteilung einer zentralen Vorbehalt blieben. Die Preisverteilung einer zentralen Vorbehalt blieben. Eine solche Zentralverwaltung unter bestimmten Grenzen werden aufgelöst.

Die Einzelheiten des Schumannschen Vorschlags können hier nicht erläutert werden. Er sieht die Möglichkeit zu großen Erfolgen, vor allem an Papier und eventuell zu staatlichen Einnahmen großen Aufgangs — es würde ein Monopolverein durch das überflüssig gemacht, da überflüssig gewordene Redaktionen dem Staat übertragen und die Gründung bestehender Monopolvereine an sich dem Trutz unterlegen werden könnten. Eine solche Zentralverwaltung funktioniert unter staatlicher Rücksicht würde überzeugend von selbst das Jurisdiktionsrecht wirtschaftlich vernünftig regeln, wie überhaupt der Schumannsche Vorschlag für jede rationale Verordnung zwischen Staaten geeignet ist. Die Gründung der neuen, ein „Rückgrat“ ist dabei auf die bestehende Wirtschaft zu legen, die bestehende oder zentralisierte, regionalen und kulturellen Angehörigen werden durch die innere Verfassung des „Trusts“ in jeder beteiligten Form zu regeln. Gleichzeitig sind die großen Presse-Höchstabilität gepaart mit höchster Wirtschaftlichkeit.

Es ist an der Zeit, daß endlich auf diesem Gebiet der sozialen und gesellschaftlichen Praxis eine innere Verbindung eingestellt wird. Es ist vor allem eine soziale Praxis, welche die große Tätigkeit lediglich wirtschaftlichen Charakter hätte. Denn das zweite große Ziel der Pressegesetzesgebung wäre,

Über die Versuche, die Trimborn zur Lösung der Krise und ihre Herzenswünsche auf verfassungspolitischem Gebiet macht berichtet D. L. M. folgendes:

Trimborn setzt sich zunächst mit den Unterhändlern der Sozialdemokratie, den Herren Müller und Löbe, in Verbindung und spricht sie, wie der Vorwärts berichtet, ob sie einer nach rechts erweiterten Koalition beitreten könnten, wenn das Jentrum darin die Führung übernehmen. Nach der Vereinigung wandte er sich einer zweiten Kombination zu: dargestellt durch die alte Koalition, die mit Rückzug der Bayerischen Volkspartei 243 Mandate umfasst wären. Herr Löbe erklärte, daß Herr Müller zugesagt habe, daß eine von so geringer Rechtheit getragene Regierung nicht mit der nötigen Autorität nach Zusage gehen könne. Darauf bestand Trimborn eine dritte Möglichkeit zur Sprache, einen Block der Mute, der aus Demokraten, Zentrum und Volkspartei bestehen würde. Jetzt sollte dies nur 188 Abgeordnete umfassen, aber vielleicht auf die wohlwollende Neutralität der Nachbarpartieen befördernd der Sozialdemokratie, rechnen. Die Sozialdemokratie, die doch auch die Herstellung eines Regierungsbündnisses wünsche, dulde eine solche Bildung nicht schroff abwehren, sondern müsse diese Verbindung mit der Vergangenheit und Zukunft anstreben. Sie könne eventuell einen Nachmeister als Sicherheitswache im Kabinett präsentieren. Ein allen genannten Meistern sei vielleicht in Herrn Dehnsbach zu suchen. Besonders hervorzuheben ist die Vertretung des Großkapitals oder des Altkonservatismus, würden in einem solchen Kabinett nicht enthalten sein. Da die sozialdemokratische Fraktion zu einer solchen Koalition noch nicht Zustimmung genommen hat, muhnen ihre Vertreter, wie der Vorwärts weiter berichtet, eine Stellungnahme bis nach erneuter Wahlperiode mit ihrem Auftrag geben. Genosse Müller hat aber im voraus versichert, daß eine solche Regierung von der sozialdemokratischen Fraktion nach ihren Taten bewertet werden müsse, und jeder Bericht, die auswärtige Politik nach dem Regenten der Deutschen Volkspartei zu beschreiben, aufs Schärfste bestraft werden müsse. Der Vorwärts überreicht seinen Bericht „Keine Abhängigkeit von Stöting“ und sagt, auch der weiterliegende Plan, die Koalition aller bürgerlichen Parteien noch einmal in Erwägung zu nehmen, werde nunmehr größere Aussicht auf Erfolg haben.

In dem Lager der Rechten scheint man immer ängstlicher zu werden. Während die Dritten beim Wahlkampf auf sozialen Klassen jagen, haben sie den Mut vor der eigenen Courage verloren. Bei den Wahlen versicherte man dem deutschen Volke, daß die Sozialdemokratie zum Regieren absolut unfähig sei, jetzt wird auf die Sozialdemokratie gestuft in pl. weil sie nicht regieren will. Die Deutsche Tageszeitung versicherte, die Deutschnationale Volkspartei wisse nicht nur, daß Deutschland nicht mehr gegen die Arbeiter regiert werden könne, auch nicht mehr gegen die Arbeiter regieren will, weil es

wisse, daß die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Die Deutschnationale Volkspartei sei sogar bereit, ihre Überzeugung weitestgehende Verstärkung derjenigen, die den Tod der Freiheit wirklich herstellen und damit deren politische und geistige Haltung bestimmen, also in erster Linie der Radikale. Sie sind von jedem wirtschaftlichen Druck auf die Freiheit ihrer Meinung zu entlasten und haben mit der Verantwortung die vollkommen selbständige Leitung der Presse zu übernehmen, die „Gilden“ zusammengeklammert, deren Aufgaben Schumann besonderlich behandelt, bilden sie bündnisweise Körperschaften, die die Tätigkeit der einzelnen im Hinblick auf Medienfreiheit und Endlichkeit überwachen (etwa wie die Antitrusts), wie jedoch solche „Truste“ geradezu „Hobelschäfte“ erhalten müssen. Ist nun jede Redaktion selbständig und wirtschaftlich unabhängig, so erledigt dadurch und allein dadurch die „Pressefreiheit“ zum erstenmal in der Welt geschafft. Eine Redaktion arbeitet unter den ungefähr gleichen Bedingungen wie jede andere und gewinnt mit durch ihre hohe Qualität Erfahrung oder durch ihre besondere positionäre Ausbildung mehr oder weniger Recht. Hierbei bleibt es selbstverständlich, Parteien und politischen Adversitäten unbekannt, politisch gesonderte Redaktionen mit der Gründung oder Erneuerung bestimmter Blätter zu beauftragen — nur die wirtschaftliche Anrechnung ist unmöglich, daß freie Vertragsverhältnissebleiben davon unberührt. Für die Neugründung von Zeitungen sind besondere Verleihungsbefähigkeiten zu schaffen; nur Blätter mit einem Abonnementenland unter bestimmten Grenzen werden aufgelöst.

Die Einzelheiten des Schumannschen Vorschlags können hier nicht erläutert werden. Er sieht die Möglichkeit zu großen Erfolgen, vor allem an Papier und eventuell zu staatlichen Einnahmen großen Aufgangs — es würde ein Monopolverein durch das überflüssig gemacht, da überflüssig gewordene Redaktionen dem Staat übertragen und die Gründung bestehender Monopervereine an sich dem Trutz unterlegen werden könnten. Eine solche Zentralverwaltung funktioniert unter staatlicher Rücksicht würde überzeugend von selbst das Jurisdiktionsrecht wirtschaftlich vernünftig regeln, wie überhaupt der Schumannsche Vorschlag für jede rationale Verordnung zwischen Staaten geeignet ist. Die Gründung der neuen, ein „Rückgrat“ ist dabei auf die bestehende Wirtschaft zu legen, die bestehende oder zentralisierte, regionalen und kulturellen Angehörigen werden durch die innere Verfassung des „Trusts“ in jeder beteiligten Form zu regeln. Gleichzeitig sind die großen Presse-Höchstabilität gepaart mit höchster Wirtschaftlichkeit.

Es ist an der Zeit, daß endlich auf diesem Gebiet der sozialen und gesellschaftlichen Praxis eine innere Verbindung eingestellt wird. Es ist vor allem eine soziale Praxis, welche die große Tätigkeit lediglich wirtschaftlichen Charakter hätte. Denn das zweite große Ziel der Pressegesetzesgebung wäre,

die Sozialisierung-Kommission. Wenn wir nicht den verdeckteren Anschlägen der volkstaatlichen Mächte auch auf diesem Gebiete, und damit vollenfalls unterliegen wollen, dann bedarf es endlich politischer Arbeit. Man unterschreibt die Sache nicht! Um die Freiheit der Presse ist nicht darum ein Jahrhundert hindurch gekämpft worden, damit sie gelebt von demokratischen Ausbrennen — gefaßt werden kann. Die ungeheure Macht der Presse ist nicht darum in aller Munde, damit schließlich ein paar Kapitalgewaltige sie zu ihrem Monopol machen. Bis jedoch die öffentliche Macht in diesem Zustande wieder Volksverherrigung und -verbildung Ordnung schafft, gibt es für uns alle nur ein Mittel: Selbsthilfe. Halten die Augen offen! Kein Abkommenepenning darf in die Taschen „Klienteller“ Unternehmungen fließen, kein Juilletat ihnen Gewinne zuwerfen, und loschen sie noch so verführerisch. Auch auf diesem Gebiet ist der Monarchie eine Macht, noch immer. Noch immer haben wir, jeder einzeln, es in der Hand, durch Aufklärung der Öffentlichkeit, durch Werben für die sozialistische und freiheitliche Presse und durch strenge Selbstzucht der reaktionären Papierüberflutung ein fröhliches Glück zu gebieten!

Neueste Telegramme

Die Lage in Albanien

Eigene Brachmeldung

Berlin, 15. Juni. Die B. A. meldet aus Rom: Nach amtlichen Berichten hat sich die Lage in Albanien in den letzten 24 Stunden verschärft, namentlich gewaltsame Verhaftungen eingetroffen sind. Da dem heutigen Kriegsatz wurden die notwendigen Nachnahmen besprochen. An der Verhandlung nahm auch der Vertreter des Außenministeriums teil. Die Aufführer scheinen nicht gewillt zu sein, in Verhandlungen zu treten. Die Spione verabschieden sieben 20 Tage und 50 Verbündete.

Der Lohnzugang bei Hausangestellten

Berlin, 15. Juni. Wie wir erfahren, wird noch heute durch das Reichsamt für Arbeitsschutz eine Verordnung des Reichsministeriums erlassen, welche ein Lohnzugang für Hausangestellte vorsehen soll. In dem heutigen Kriegsatz wurden die notwendigen Nachnahmen besprochen. An der Verhandlung nahm auch der Vertreter des Außenministeriums teil. Die Aufführer scheinen nicht gewillt zu sein, in Verhandlungen zu treten. Die Spione verabschieden sieben 20 Tage und 50 Verbündete.

Der Funkdienst mit Westaustralien

Berlin, 15. Juni. Die B. A. meldet aus Rom: Die Italienische Telegrafenagentur hat eine Verordnung des Reichsministeriums erlassen, welche ein Lohnzugang für Hausangestellte vorsehen soll. In dem heutigen Kriegsatz wurden die notwendigen Nachnahmen besprochen. An der Verhandlung nahm auch der Vertreter des Außenministeriums teil. Die Aufführer scheinen nicht gewillt zu sein, in Verhandlungen zu treten. Die Spione verabschieden sieben 20 Tage und 50 Verbündete.

Die Unterhaltung mit Heinze

Über die Unterredung, die zwischen Herrn Heinze und den Vertretern unserer Partei stattgefunden hat, berichtet der Sozialist folgendes:

Der Lauf der Verhandlungen des Parteiausschusses wurde bekannt, daß Herr Dr. Heinze aus Dresden am Sonnen- und den Abend des Reichspräsidenten ein neues Abkommen zu bitten, angenommen habe. Dr. Heinze hätte sich im Laufe des Reichspräsidenten einen Sommer mit Tiersen und Schröder abgetragen, wo er für ihn selbst stand. Von dort ließ er an die Regierung eine Petition abstimmen, um das Ende des Zusammenschlusses der Grünen abzunehmen. Im Laufe des Tages unterhielt er sich mit dem Reichspräsidenten über die Verteilungslage zu erledigen. Die Aussicht und der Verteilungskampf beschlossen, die Grünen Herrmann Müller und Paul Löbe zu allein verantwortlichen Unterhändlern zu ernennen.

Als die beiden Vertreter der Sozialdemokratischen Partei gegen 7 Uhr abends im Hause des Reichspräsidenten eintrafen, lagen sie in Dr. Heinzes Zimmer auch Herrn Göttert vor.

Dr. Heinze begleitete die Eintrenden mit den Worten: „G. Göttert leitet keinen Konsorten. Sie müssen, wenn es sich darum handelt, das neue mich nicht an die Partei trete.“ Der Reichspräsident hat mir mit der Führung des Konsorten konkurriert. Das würde mich nun an die Vertreter der Sozialdemokratie, als der sozialen Partei wie der Frage ob Sie mich dabei unterstützen wollen.“

„Für Sie“ war die Antwort. „Sie hat vollständig Recht.“ Am Ende der Unterredung kam der Reichspräsident, daß ein Konsort der Sozialdemokratie ihm Partei in einer noch etwas erweiterten Position nicht in Frage kommt. Dieser Gründlichkeit auf dem politischen Gebiet kann ich eben nicht gegen die sozialdemokratische Konsolidierung, gewordene und nationalsozialistische Züge entgegenstellen. Die Sozialdemokratie lebt in einer friedlichen Zusammenarbeit mit der Arbeiterschaft. Deutschland international kann zu leben und eine Mitterung des Friedensvertrags zu erreichen, ohne innerpolitisch Kunden in die Politik einzubringen. Wenn in der alten Koalition es zur Sozialdemokratie in vielen Fragen, z. B. beim Betriebsvertrag, keine einzige Meinung einstimmig ist, kann sie durchaus darüber stimmen, daß Sie im Wahlkampf die eigene Meinung als soziale unabhängige Partei führen. Und noch heute lassen Sie Wähler entscheiden mit der Auswirkung.“

Den roten Fesseln macht uns frei

Herrn Dr. Heinze.

Unter diesen Umständen kommt eine gemeinsame Amtierung mit Ihnen für uns Partei nicht in Frage.“

Dr. Heinze: „Meine Herren, das ist eine faire Antwort. Aber ich schenke Ihnen, Herrn Göttert, eine weitere Aufgabe.“

Herrmann Müller: „Nein, Herr Kollege, das ist der Zeitpunkt unserer Amtseinführung.“ Es kommt und steht nicht darauf an, was im Wahlkampf geschieht. Ich sehe in die Zukunft und finden bestmöglich Grundlage für eine gemeinsame Zukunft.“

Dr. Heinze: „Diese faire Antwort verhindert uns Aufgabe unnehmen. Herr Herr Kollege Göttert, haben Sie noch etwas zu sagen?“

K. Göttert: „Nein.“

Dr. Heinze: „Dann dankt ich Ihnen, meine Herren, der Zeitpunkt unserer Amtseinführung.“ Es kommt und steht nicht darauf an, was im Wahlkampf geschieht. Ich sehe in die Zukunft und finden bestmöglich Grundlage für eine gemeinsame Zukunft.“

Dr. Heinze: „Diese faire Antwort verhindert uns Aufgabe unnehmen. Herr Herr Kollege Göttert, haben Sie noch etwas zu sagen?“

K. Göttert: „Nein.“

Dr. Heinze: „Dann dankt ich Ihnen, meine Herren, der Zeitpunkt unserer Amtseinführung.“ Es kommt und steht nicht darauf an, was im Wahlkampf geschieht. Ich sehe in die Zukunft und finden bestmöglich Grundlage für eine gemeinsame Zukunft.“

Dr. Heinze: „Diese faire Antwort verhindert uns Aufgabe unnehmen. Herr Herr Kollege Göttert, haben Sie noch etwas zu sagen?“

K. Göttert: „Nein.“

Dr. Heinze: „Dann dankt ich Ihnen, meine Herren, der Zeitpunkt unserer Amtseinführung.“ Es kommt und steht nicht darauf an, was im Wahlkampf geschieht. Ich sehe in die Zukunft und finden bestmöglich Grundlage für eine gemeinsame Zukunft.“

Dr. Heinze: „Diese faire Antwort verhindert uns Aufgabe unnehmen. Herr Herr Kollege Göttert, haben Sie noch etwas zu sagen?“

K. Göttert: „Nein.“

Dr. Heinze: „Dann dankt ich Ihnen, meine Herren, der Zeitpunkt unserer Amtseinführung.“ Es kommt und steht nicht darauf an, was im Wahlkampf geschieht. Ich sehe in die Zukunft und finden bestmöglich Grundlage für eine gemeinsame Zukunft.“

Dr. Heinze: „Diese faire Antwort verhindert uns Aufgabe unnehmen. Herr Herr Kollege Göttert, haben Sie noch etwas zu sagen?“

K. Göttert: „Nein.“

Dr. Heinze: „Dann dankt ich Ihnen, meine Herren, der Zeitpunkt unserer Amtseinführung.“ Es kommt und steht nicht darauf an, was im Wahlkampf geschieht. Ich sehe in die Zukunft und finden bestmöglich Grundlage für eine gemeinsame Zukunft.“

Dr. Heinze: „Diese faire Antwort verhindert uns Aufgabe unnehmen. Herr Herr Kollege Göttert, haben Sie noch etwas zu sagen?“

K. Göttert: „Nein.“

Dr. Heinze: „Dann dankt ich Ihnen, meine Herren, der Zeitpunkt unserer Amtseinführung.“ Es kommt und steht nicht darauf an, was im Wahlkampf geschieht. Ich sehe in die Zukunft und finden bestmöglich Grundlage für eine gemeinsame Zukunft.“

Dr. Heinze: „Diese faire Antwort verhindert uns Aufgabe unnehmen. Herr Herr Kollege Göttert, haben Sie noch etwas zu sagen?“

K. Göttert: „Nein.“

Dr. Heinze: „Dann dankt ich Ihnen, meine Herren, der Zeitpunkt unserer Amtseinführung.“ Es kommt und steht nicht darauf an, was im Wahlkampf geschieht. Ich sehe in die Zukunft und finden bestmöglich Grundlage für eine gemeinsame Zukunft.“

Dr. Heinze: „Diese faire Antwort verhindert uns Aufgabe unnehmen. Herr Herr Kollege Göttert, haben Sie noch etwas zu sagen?“

K. Göttert: „Nein.“

Dr. Heinze: „Dann dankt ich Ihnen, meine Herren, der Zeitpunkt unserer Amtseinführung.“ Es kommt und steht nicht darauf an, was im Wahlkampf geschieht. Ich sehe in die Zukunft und finden bestmöglich Grundlage für eine gemeinsame Zukunft.“

Dr. Heinze: „Diese faire Antwort verhindert uns Aufgabe unnehmen. Herr Herr Kollege Göttert, haben Sie noch etwas zu sagen?“

K. Göttert: „Nein.“

Dr. Heinze: „Dann dankt ich Ihnen, meine Herren, der Zeitpunkt unserer Amtseinführung.“ Es kommt und steht nicht darauf an, was im Wahlkampf geschieht. Ich sehe in die Zukunft und finden bestmöglich Grundlage für eine gemeinsame Zukunft.“

Dr. Heinze: „Diese faire Antwort verhindert uns Aufgabe unnehmen. Herr Herr Kollege Göttert, haben Sie noch etwas zu sagen?“

K. Göttert: „Nein.“

Dr. Heinze: „Dann dankt ich Ihnen, meine Herren, der Zeitpunkt unserer Amtseinführung.“ Es kommt und steht nicht darauf an, was im Wahlkampf geschieht. Ich sehe in die Zukunft und finden bestmöglich Grundlage für eine gemeinsame Zukunft.“

Dr. Heinze: „Diese faire Antwort verhindert uns Aufgabe unnehmen. Herr Herr Kollege Göttert, haben Sie noch etwas zu sagen?“

K. Göttert: „Nein.“

Dr. Heinze: „Dann dankt ich Ihnen, meine Herren, der Zeitpunkt unserer Amtseinführung.“ Es kommt und steht nicht darauf an, was im Wahlkampf geschieht. Ich sehe in die Zukunft und finden bestmöglich Grundlage für eine gemeinsame Zukunft.“

Dr. Heinze: „Diese faire Antwort verhindert uns Aufgabe unnehmen. Herr Herr Kollege Göttert, haben Sie noch etwas zu sagen?“

K. Göttert: „Nein.“

Dr. Heinze: „Dann dankt ich Ihnen, meine Herren, der Zeitpunkt unserer Amtseinführung.“ Es kommt und steht nicht darauf an, was im Wahlkampf geschieht. Ich sehe in die Zukunft und finden bestmöglich Grundlage für eine gemeinsame Zukunft.“

Dr. Heinze: „Diese faire Antwort verhindert uns Aufgabe unnehmen. Herr Herr Kollege Göttert, haben Sie noch etwas zu sagen?“

K. Göttert: „Nein.“

Dr. Heinze: „Dann dankt ich Ihnen, meine Herren, der Zeitpunkt unserer Amtseinführung.“ Es kommt und steht nicht darauf an, was im Wahlkampf geschieht. Ich sehe in die Zukunft und finden bestmöglich Grundlage für eine gemeinsame Zukunft.“

Dr. Heinze: „Diese faire Antwort verhindert uns Aufgabe unnehmen. Herr Herr Kollege Göttert, haben Sie noch etwas zu sagen?“

K. Göttert: „Nein.“

Dr. Heinze: „Dann dankt ich Ihnen, meine Herren, der Zeitpunkt unserer Amtseinführung.“ Es kommt und steht nicht darauf an, was im Wahlkampf geschieht. Ich sehe in die Zukunft und finden bestmöglich Grundlage für eine gemeinsame Zukunft.“

Dr. Heinze: „Diese faire Antwort verhindert uns Aufgabe unnehmen. Herr Herr Kollege Göttert, haben Sie noch etwas zu sagen?“

K. Göttert: „Nein.“

Die Verhandlungen des Parteiausschusses

Wieher die Verhandlungen des Parteiausschusses bringt die bürgerliche und unabhängige Presse einen Bericht, der nur durch eine bedeutsame Indifferenz in die Öffentlichkeit gelangt sein kann, da die Verhandlungen bei Parteiausschuss verdeckt waren. Da der Bericht einmal in die Öffentlichkeit gekommen ist, wollen auch wir ihn untersuchen.

Wieher die geistige Erwaltung der Reichsregierung und des Parteiausschusses wird verdeckt, doch am Samstag früh um 10 Uhr gegen 100000 Menschen sind die Versammlungen der Reichsregierung und des Parteiausschusses verdeckt, während die Regierung und der Parteiausschuss nicht voneinander trennen. Der Reichspräsident ist der rechte sozialistische Abteilung auch auf gewisse unpolitische Arbeiten zugetragen, so dass der Reichspräsident seine Macht über die Regierung und die Demokratie ausüben kann.

Der Reichspräsident erklärte weiter die Haltung der Regierung und der Demokratie ausführlich, so dass der Reichspräsident für das Verdecken der Regierung und der Demokratie verantwortlich ist.

Der Reichspräsident erklärte weiter die Haltung der Regierung und der Demokratie ausführlich, so dass der Reichspräsident für das Verdecken der Regierung und der Demokratie verantwortlich ist. Der Reichspräsident erklärte weiter die Haltung der Regierung und der Demokratie ausführlich, so dass der Reichspräsident für das Verdecken der Regierung und der Demokratie verantwortlich ist.

Der Reichspräsident erklärte weiter die Haltung der Regierung und der Demokratie ausführlich, so dass der Reichspräsident für das Verdecken der Regierung und der Demokratie verantwortlich ist.

Der Reichspräsident erklärte weiter die Haltung der Regierung und der Demokratie ausführlich, so dass der Reichspräsident für das Verdecken der Regierung und der Demokratie verantwortlich ist.

Der Reichspräsident erklärte weiter die Haltung der Regierung und der Demokratie ausführlich, so dass der Reichspräsident für das Verdecken der Regierung und der Demokratie verantwortlich ist.

Der Reichspräsident erklärte weiter die Haltung der Regierung und der Demokratie ausführlich, so dass der Reichspräsident für das Verdecken der Regierung und der Demokratie verantwortlich ist.

Der Reichspräsident erklärte weiter die Haltung der Regierung und der Demokratie ausführlich, so dass der Reichspräsident für das Verdecken der Regierung und der Demokratie verantwortlich ist.

Der Reichspräsident erklärte weiter die Haltung der Regierung und der Demokratie ausführlich, so dass der Reichspräsident für das Verdecken der Regierung und der Demokratie verantwortlich ist.

Der Reichspräsident erklärte weiter die Haltung der Regierung und der Demokratie ausführlich, so dass der Reichspräsident für das Verdecken der Regierung und der Demokratie verantwortlich ist.

Der Reichspräsident erklärte weiter die Haltung der Regierung und der Demokratie ausführlich, so dass der Reichspräsident für das Verdecken der Regierung und der Demokratie verantwortlich ist.

Der Reichspräsident erklärte weiter die Haltung der Regierung und der Demokratie ausführlich, so dass der Reichspräsident für das Verdecken der Regierung und der Demokratie verantwortlich ist.

Der Reichspräsident erklärte weiter die Haltung der Regierung und der Demokratie ausführlich, so dass der Reichspräsident für das Verdecken der Regierung und der Demokratie verantwortlich ist.

Der Reichspräsident erklärte weiter die Haltung der Regierung und der Demokratie ausführlich, so dass der Reichspräsident für das Verdecken der Regierung und der Demokratie verantwortlich ist.

Der Reichspräsident erklärte weiter die Haltung der Regierung und der Demokratie ausführlich, so dass der Reichspräsident für das Verdecken der Regierung und der Demokratie verantwortlich ist.

Der Reichspräsident erklärte weiter die Haltung der Regierung und der Demokratie ausführlich, so dass der Reichspräsident für das Verdecken der Regierung und der Demokratie verantwortlich ist.

Der Reichspräsident erklärte weiter die Haltung der Regierung und der Demokratie ausführlich, so dass der Reichspräsident für das Verdecken der Regierung und der Demokratie verantwortlich ist.

Der Reichspräsident erklärte weiter die Haltung der Regierung und der Demokratie ausführlich, so dass der Reichspräsident für das Verdecken der Regierung und der Demokratie verantwortlich ist.

Der Reichspräsident erklärte weiter die Haltung der Regierung und der Demokratie ausführlich, so dass der Reichspräsident für das Verdecken der Regierung und der Demokratie verantwortlich ist.

Der Reichspräsident erklärte weiter die Haltung der Regierung und der Demokratie ausführlich, so dass der Reichspräsident für das Verdecken der Regierung und der Demokratie verantwortlich ist.

Der Reichspräsident erklärte weiter die Haltung der Regierung und der Demokratie ausführlich, so dass der Reichspräsident für das Verdecken der Regierung und der Demokratie verantwortlich ist.

Der Reichspräsident erklärte weiter die Haltung der Regierung und der Demokratie ausführlich, so dass der Reichspräsident für das Verdecken der Regierung und der Demokratie verantwortlich ist.

Der Reichspräsident erklärte weiter die Haltung der Regierung und der Demokratie ausführlich, so dass der Reichspräsident für das Verdecken der Regierung und der Demokratie verantwortlich ist.

Der Reichspräsident erklärte weiter die Haltung der Regierung und der Demokratie ausführlich, so dass der Reichspräsident für das Verdecken der Regierung und der Demokratie verantwortlich ist.

Der Reichspräsident erklärte weiter die Haltung der Regierung und der Demokratie ausführlich, so dass der Reichspräsident für das Verdecken der Regierung und der Demokratie verantwortlich ist.

Der Reichspräsident erklärte weiter die Haltung der Regierung und der Demokratie ausführlich, so dass der Reichspräsident für das Verdecken der Regierung und der Demokratie verantwortlich ist.

Der Reichspräsident erklärte weiter die Haltung der Regierung und der Demokratie ausführlich, so dass der Reichspräsident für das Verdecken der Regierung und der Demokratie verantwortlich ist.

Der Reichspräsident erklärte weiter die Haltung der Regierung und der Demokratie ausführlich, so dass der Reichspräsident für das Verdecken der Regierung und der Demokratie verantwortlich ist.

Der Reichspräsident erklärte weiter die Haltung der Regierung und der Demokratie ausführlich, so dass der Reichspräsident für das Verdecken der Regierung und der Demokratie verantwortlich ist.

Der Reichspräsident erklärte weiter die Haltung der Regierung und der Demokratie ausführlich, so dass der Reichspräsident für das Verdecken der Regierung und der Demokratie verantwortlich ist.

Der Reichspräsident erklärte weiter die Haltung der Regierung und der Demokratie ausführlich, so dass der Reichspräsident für das Verdecken der Regierung und der Demokratie verantwortlich ist.

Der Reichspräsident erklärte weiter die Haltung der Regierung und der Demokratie ausführlich, so dass der Reichspräsident für das Verdecken der Regierung und der Demokratie verantwortlich ist.

Der Reichspräsident erklärte weiter die Haltung der Regierung und der Demokratie ausführlich, so dass der Reichspräsident für das Verdecken der Regierung und der Demokratie verantwortlich ist.

Der Reichspräsident erklärte weiter die Haltung der Regierung und der Demokratie ausführlich, so dass der Reichspräsident für das Verdecken der Regierung und der Demokratie verantwortlich ist.

Der Reichspräsident erklärte weiter die Haltung der Regierung und der Demokratie ausführlich, so dass der Reichspräsident für das Verdecken der Regierung und der Demokratie verantwortlich ist.

Der Reichspräsident erklärte weiter die Haltung der Regierung und der Demokratie ausführlich, so dass der Reichspräsident für das Verdecken der Regierung und der Demokratie verantwortlich ist.

Der Reichspräsident erklärte weiter die Haltung der Regierung und der Demokratie ausführlich, so dass der Reichspräsident für das Verdecken der Regierung und der Demokratie verantwortlich ist.

Der Reichspräsident erklärte weiter die Haltung der Regierung und

Die erste Quittung

Sozialdemokratischer Wahlausgang in Mecklenburg

Schwerin, 14. Juni. Bei der gestrigen Landtagswahl errang die Sozialdemokratie einen durchschlagenden Erfolg. Ihre geringer Wahlberechtigung haben wir gegenüber der Reichstagswahl am gleichen Stützen genommen. Den Verlust tragen Unabhängige und Demokraten. In manchen Orten verlor die Unabhängige Partei wieder über Farley, die wir fast selbst zunahmen. Die höheren Ergebnisse sind folgende: Sozialdemokraten 114.559, Unabhängige 22.400, Kommunisten 1104, Demokraten 2041, Deutschnationale 63.756, Deutsche Volkspartei 46.180, Wirtschaftsvereinigung 11.100. Einmal fehlten noch.

Ein Vergleich mit dem Reichstagswahl ergeben, daß außer den Sozialdemokraten nur noch die Deutsche Volkspartei zunahmen zu erhalten hat. Der Ausfall der Wahl in Mecklenburg ist die erste Quittung für das Verhalten der Unabhängigen, die auch in Mecklenburg jede positive Mitarbeit ablehnen.

Kiel, 14. Juni. Nach dem vorläufigen Landtagswahlergebnis aus allen mecklenburgischen Städten, mit Ausnahme des noch ausstehenden Stellorts von Tönning, entfallen vorläufig auf die Deutschnationalen 9, die Deutsche Volkspartei 9, Wirtschaftsvereinigung 3, Demokraten 3, Sozialdemokraten 15, Unabhängige 6 und Kommunisten 2 Sitze.

Russische Märchen

Berlin, 15. Juni. An Berliner amtlichen Stellen liegen, wie der Vorwärts mitteilt, Nachrichten vor, aus denen hervorgeht, daß die Neuternebung aus Tokio über einen angeblichen Umsturz in Russland auf unwahren Gerüchten beruht. Der Handelskonsul von Petersburg funktioniert wieder regelmäßig.

Eine persische Sowjetregierung

Gäg, 15. Juni. Die Times meldet aus Teheran vom 10. Juni: Russisch-Acha hat sich nach einem Schwanken für den Venizelos entchieden und hat sich jetzt in Reich zum Ministerpräsidenten und Außenminister der persischen Sowjetregierung ausgerufen. Das deutsche Konsulat in Täbris wird einem Bericht zufolge, immer noch belagert. General Qaldaue, der Oberbefehlshaber in Mesopotamien, ist gestern in Teheran eingetroffen.

Rückzug der Polen

Nach dem polnischen Bericht vom 12. Juni haben die Polen in der Ukraine im Zusammenhang mit dem besetzten Rückzug ihrer Truppen auf eine neue Vertheidigungslinie Riede geräumt. Nach dem Bericht vom 13. Juni erlitt der Feind in der Ostfront, beim Verlust, die polnische Front bei Gidlow zu durchbrechen, eine empfindliche Schlappe. Eine feindliche Abteilung von 1000 Mann wurde völlig vernichtet.

Die Soldaten haben Finnland um einen sofortigen Baffenstillstand ersucht.

Antibolschewistische Armeen

In Russland ist ein russisches Kommando ausgestellt worden, das die Aufgabe hat, eine gegenbolshewistische Armee zu formieren.

Wie die Times aus Konstantinopol meldet, hat General Brangels Verbündete an der Südseite des Kaspischen Meeres fast ohne Widerstand genommen. Sein Ziel ist die Eroberung des Gebietes östlich der Krim-Brand-Ebene. Ohne eine solche Eroberung würde die Versorgung der Armee, die durch 200.000 Flüchtlinge auf 2 Millionen angewachsen ist, verbungenen. In einer Proklamation versprach General Brangels den Kaiser-Land unter der Bedingung, daß es gehört, bebaut und bewohnt werden. Eine spätere Meldung bestätigt, daß die Truppen Brangels Mittelpunkt genommen haben. Dabei fielen ihnen 5000 Gefangene und 27 Geschütze sowie 5 Panzerfahrzeuge in die Hände. Die Verbündeten Brangels belausen sich auf 600 Mann.

Eine Note Millerands

Berlin, 15. Juni. Goli Nieuws Bureau meldet: Millerand hat der deutschen Friedensabordnung eine Note überreichen lassen, in der die deutsche Regierung an Artikel 205 des Friedensvertrags erinnert wird. Dieser Artikel verpflichtet Deutschland zu Angaben, die zur Kontrolle über die Vernichtung der deutschen Kriegsflotte notwendig sind.

Das Kabinett Giolitti

Frankfurt a. M., 14. Juni. Dem Secolo zufolge wird folgende vorläufige Liste des neuen Kabinetts bekanntgegeben: Giolitti, Post- und Telegr. Secr., Auswärtiges, Maggi, Kolonien, Vommi, Schatzminister, Weda, Finanzen, Peaco, Öffentliche Arbeiten, Miheli, Landwirtschaft, Nicola, Kriegsminister, Seggi, Marine, Troce, Unterricht, Rainieri, Beliebte Gebiete, Hera, Justiz, Alessio, Industrie, Ubiate, Arbeit und Fürsorge, Camera, Post.

Giolitti für die Aufnahme der Mittelmächte in den Völkerbund

Rom, 15. Juni. Die Giolitti sehr naheliegende Turiner Stompf weiß über das von dem neuen Ministerpräsidenten zu befolgende Programm zu berichten: Giolitti Finanz- und Steuerpolitik wird sich in der Richtung bewegen, die während des Krieges erworbene Reisenverbindungen zu konfisziieren und den Wohlbelebungs-Schärfen zur Festigung heranzuziehen. Er meldet ferner, daß Giolitti in seinen Verhandlungen mit den Parteien sich auf den Standpunkt stellt, daß die Mittelmächte in den Völkerbund einzubringen werten müßten. Auch von dem von ihm in Aussicht genommenen Nationalitätsmitgliedertum fordert er eine diesbezügliche programmatische Erklärung.

Lösung der österreichischen Krise

Wien, 14. Juni. Die österreichische Krise ist beendet. Die Parteien, die noch gestern erklärten, sie seien nicht in der Lage, zusammenzuarbeiten, haben sich wiedergefunden. Sie wird die Koalition in Zukunft einen anderen Rahmen führen: sie heißt von nun an "Kooperation". Die Regierung bleibt im Amt; ihr Arbeitsprogramm soll aber begrenzt bleiben, und über diese Grenzen wird noch verhandelt. Neuvalungen sollen im Herbst stattfinden.

Arbeiterkundgebung in Wien

Wien, 15. Juni. Die Volkswehr und die sozialdemokratische Arbeiterschaft veranstaltete Sonntag vormittag vor dem Rathaus eine großzügig besuchte Versammlung als Protest gegen den auf das Reichsamt bezügliche Beschlüsse. Die Volkswehr um die Sämtliche Redner bewiesen auf die Verbündete die Volkswehr um die Sicherheit ihres Landes das Zusprach und wandten sich gegen jene Lügner, die die Mittelmäßigkeit wieder aufzuheben wollen. Einem Vortrag erfuhrte, in der Art der Sozialdemokratie wurden die Sozialdemokraten nicht angeschlagen. Der Sozialdemokrat für Österreich, Dr. Deutscher, leitete die Versammlung. Er erläuterte das Sozialdemokratische Prinzip über das Vertragsmäßiges Problem. Die Sozialdemokratische Weisung erläuterte, daß die Arbeitnehmer schon so lange warten, als es für sie zweckmäßig ist, und der Arbeitgeber nicht kommen sollte. Z. B. Sozial- und Arbeitserfolg ist noch kein mit großem Erfolg aufzunehmendes Areal im Parlament vorbei, worauf sich der Zug auslöst.

Deutschnationale Lockspiel am Werke!

Deutschnationale Lockspiel am Werke! Sozialdemokratische Partei und die KPD haben mit gegenüber der Reichstagswahl einen durchschlagenden Erfolg. Ihre geringere Wahlberechtigung haben wir gegenüber der Reichstagswahl am gleichen Stützen genommen. Den Verlust tragen Unabhängige und Demokraten. In manchen Orten verlor die Unabhängige Partei wieder über Farley, die wir fast selbst zunahmen. Die höheren Ergebnisse sind folgende: Sozialdemokraten 114.559, Unabhängige 22.400, Kommunisten 1104, Demokraten 2041, Deutschnationale 63.756, Deutsche Volkspartei 46.180, Wirtschaftsvereinigung 11.100. Einmal fehlten noch.

Ein Vergleich mit dem Reichstagswahl ergeben, daß außer den Sozialdemokraten nur noch die Deutsche Volkspartei zunahmen zu erhalten hat. Der Ausfall der Wahl in Mecklenburg ist die erste Quittung für das Verhalten der Unabhängigen, die auch in Mecklenburg jede positive Mitarbeit ablehnen.

Kiel, 14. Juni. Nach dem vorläufigen Landtagswahlergebnis aus allen mecklenburgischen Städten, mit Ausnahme des noch ausstehenden Stellorts von Tönning, entfallen vorläufig auf die Deutschnationalen 9, die Deutsche Volkspartei 9, Wirtschaftsvereinigung 3, Demokraten 3, Sozialdemokraten 15, Unabhängige 6 und Kommunisten 2 Sitze.

Kiel, 15. Juni. Am Vorwärts mitteilt, Nachrichten vor, aus denen hervorgeht, daß die Neuternebung aus Tokio über einen angeblichen Umsturz in Russland auf unwahren Gerüchten beruht. Der Handelskonsul von Petersburg funktioniert wieder regelmäßig.

Kiel, 15. Juni. Nach dem vorläufigen Landtagswahlergebnis aus allen mecklenburgischen Städten, mit Ausnahme des noch ausstehenden Stellorts von Tönning, entfallen vorläufig auf die Deutschnationalen 9, die Deutsche Volkspartei 9, Wirtschaftsvereinigung 3, Demokraten 3, Sozialdemokraten 15, Unabhängige 6 und Kommunisten 2 Sitze.

Kiel, 15. Juni. Nach dem vorläufigen Landtagswahlergebnis aus allen mecklenburgischen Städten, mit Ausnahme des noch ausstehenden Stellorts von Tönning, entfallen vorläufig auf die Deutschnationalen 9, die Deutsche Volkspartei 9, Wirtschaftsvereinigung 3, Demokraten 3, Sozialdemokraten 15, Unabhängige 6 und Kommunisten 2 Sitze.

Kiel, 15. Juni. Nach dem vorläufigen Landtagswahlergebnis aus allen mecklenburgischen Städten, mit Ausnahme des noch ausstehenden Stellorts von Tönning, entfallen vorläufig auf die Deutschnationalen 9, die Deutsche Volkspartei 9, Wirtschaftsvereinigung 3, Demokraten 3, Sozialdemokraten 15, Unabhängige 6 und Kommunisten 2 Sitze.

Kiel, 15. Juni. Nach dem vorläufigen Landtagswahlergebnis aus allen mecklenburgischen Städten, mit Ausnahme des noch ausstehenden Stellorts von Tönning, entfallen vorläufig auf die Deutschnationalen 9, die Deutsche Volkspartei 9, Wirtschaftsvereinigung 3, Demokraten 3, Sozialdemokraten 15, Unabhängige 6 und Kommunisten 2 Sitze.

Kiel, 15. Juni. Nach dem vorläufigen Landtagswahlergebnis aus allen mecklenburgischen Städten, mit Ausnahme des noch ausstehenden Stellorts von Tönning, entfallen vorläufig auf die Deutschnationalen 9, die Deutsche Volkspartei 9, Wirtschaftsvereinigung 3, Demokraten 3, Sozialdemokraten 15, Unabhängige 6 und Kommunisten 2 Sitze.

Kiel, 15. Juni. Nach dem vorläufigen Landtagswahlergebnis aus allen mecklenburgischen Städten, mit Ausnahme des noch ausstehenden Stellorts von Tönning, entfallen vorläufig auf die Deutschnationalen 9, die Deutsche Volkspartei 9, Wirtschaftsvereinigung 3, Demokraten 3, Sozialdemokraten 15, Unabhängige 6 und Kommunisten 2 Sitze.

Kiel, 15. Juni. Nach dem vorläufigen Landtagswahlergebnis aus allen mecklenburgischen Städten, mit Ausnahme des noch ausstehenden Stellorts von Tönning, entfallen vorläufig auf die Deutschnationalen 9, die Deutsche Volkspartei 9, Wirtschaftsvereinigung 3, Demokraten 3, Sozialdemokraten 15, Unabhängige 6 und Kommunisten 2 Sitze.

Kiel, 15. Juni. Nach dem vorläufigen Landtagswahlergebnis aus allen mecklenburgischen Städten, mit Ausnahme des noch ausstehenden Stellorts von Tönning, entfallen vorläufig auf die Deutschnationalen 9, die Deutsche Volkspartei 9, Wirtschaftsvereinigung 3, Demokraten 3, Sozialdemokraten 15, Unabhängige 6 und Kommunisten 2 Sitze.

Kiel, 15. Juni. Nach dem vorläufigen Landtagswahlergebnis aus allen mecklenburgischen Städten, mit Ausnahme des noch ausstehenden Stellorts von Tönning, entfallen vorläufig auf die Deutschnationalen 9, die Deutsche Volkspartei 9, Wirtschaftsvereinigung 3, Demokraten 3, Sozialdemokraten 15, Unabhängige 6 und Kommunisten 2 Sitze.

Kiel, 15. Juni. Nach dem vorläufigen Landtagswahlergebnis aus allen mecklenburgischen Städten, mit Ausnahme des noch ausstehenden Stellorts von Tönning, entfallen vorläufig auf die Deutschnationalen 9, die Deutsche Volkspartei 9, Wirtschaftsvereinigung 3, Demokraten 3, Sozialdemokraten 15, Unabhängige 6 und Kommunisten 2 Sitze.

Kiel, 15. Juni. Nach dem vorläufigen Landtagswahlergebnis aus allen mecklenburgischen Städten, mit Ausnahme des noch ausstehenden Stellorts von Tönning, entfallen vorläufig auf die Deutschnationalen 9, die Deutsche Volkspartei 9, Wirtschaftsvereinigung 3, Demokraten 3, Sozialdemokraten 15, Unabhängige 6 und Kommunisten 2 Sitze.

Kiel, 15. Juni. Nach dem vorläufigen Landtagswahlergebnis aus allen mecklenburgischen Städten, mit Ausnahme des noch ausstehenden Stellorts von Tönning, entfallen vorläufig auf die Deutschnationalen 9, die Deutsche Volkspartei 9, Wirtschaftsvereinigung 3, Demokraten 3, Sozialdemokraten 15, Unabhängige 6 und Kommunisten 2 Sitze.

Kiel, 15. Juni. Nach dem vorläufigen Landtagswahlergebnis aus allen mecklenburgischen Städten, mit Ausnahme des noch ausstehenden Stellorts von Tönning, entfallen vorläufig auf die Deutschnationalen 9, die Deutsche Volkspartei 9, Wirtschaftsvereinigung 3, Demokraten 3, Sozialdemokraten 15, Unabhängige 6 und Kommunisten 2 Sitze.

Kiel, 15. Juni. Nach dem vorläufigen Landtagswahlergebnis aus allen mecklenburgischen Städten, mit Ausnahme des noch ausstehenden Stellorts von Tönning, entfallen vorläufig auf die Deutschnationalen 9, die Deutsche Volkspartei 9, Wirtschaftsvereinigung 3, Demokraten 3, Sozialdemokraten 15, Unabhängige 6 und Kommunisten 2 Sitze.

Kiel, 15. Juni. Nach dem vorläufigen Landtagswahlergebnis aus allen mecklenburgischen Städten, mit Ausnahme des noch ausstehenden Stellorts von Tönning, entfallen vorläufig auf die Deutschnationalen 9, die Deutsche Volkspartei 9, Wirtschaftsvereinigung 3, Demokraten 3, Sozialdemokraten 15, Unabhängige 6 und Kommunisten 2 Sitze.

Kiel, 15. Juni. Nach dem vorläufigen Landtagswahlergebnis aus allen mecklenburgischen Städten, mit Ausnahme des noch ausstehenden Stellorts von Tönning, entfallen vorläufig auf die Deutschnationalen 9, die Deutsche Volkspartei 9, Wirtschaftsvereinigung 3, Demokraten 3, Sozialdemokraten 15, Unabhängige 6 und Kommunisten 2 Sitze.

Kiel, 15. Juni. Nach dem vorläufigen Landtagswahlergebnis aus allen mecklenburgischen Städten, mit Ausnahme des noch ausstehenden Stellorts von Tönning, entfallen vorläufig auf die Deutschnationalen 9, die Deutsche Volkspartei 9, Wirtschaftsvereinigung 3, Demokraten 3, Sozialdemokraten 15, Unabhängige 6 und Kommunisten 2 Sitze.

Kiel, 15. Juni. Nach dem vorläufigen Landtagswahlergebnis aus allen mecklenburgischen Städten, mit Ausnahme des noch ausstehenden Stellorts von Tönning, entfallen vorläufig auf die Deutschnationalen 9, die Deutsche Volkspartei 9, Wirtschaftsvereinigung 3, Demokraten 3, Sozialdemokraten 15, Unabhängige 6 und Kommunisten 2 Sitze.

Kiel, 15. Juni. Nach dem vorläufigen Landtagswahlergebnis aus allen mecklenburgischen Städten, mit Ausnahme des noch ausstehenden Stellorts von Tönning, entfallen vorläufig auf die Deutschnationalen 9, die Deutsche Volkspartei 9, Wirtschaftsvereinigung 3, Demokraten 3, Sozialdemokraten 15, Unabhängige 6 und Kommunisten 2 Sitze.

Kiel, 15. Juni. Nach dem vorläufigen Landtagswahlergebnis aus allen mecklenburgischen Städten, mit Ausnahme des noch ausstehenden Stellorts von Tönning, entfallen vorläufig auf die Deutschnationalen 9, die Deutsche Volkspartei 9, Wirtschaftsvereinigung 3, Demokraten 3, Sozialdemokraten 15, Unabhängige 6 und Kommunisten 2 Sitze.

Kiel, 15. Juni. Nach dem vorläufigen Landtagswahlergebnis aus allen mecklenburgischen Städten, mit Ausnahme des noch ausstehenden Stellorts von Tönning, entfallen vorläufig auf die Deutschnationalen 9, die Deutsche Volkspartei 9, Wirtschaftsvereinigung 3, Demokraten 3, Sozialdemokraten 15, Unabhängige 6 und Kommunisten 2 Sitze.

Kiel, 15. Juni. Nach dem vorläufigen Landtagswahlergebnis aus allen mecklenburgischen Städten, mit Ausnahme des noch ausstehenden Stellorts von Tönning, entfallen vorläufig auf die Deutschnationalen 9, die Deutsche Volkspartei 9, Wirtschaftsvereinigung 3, Demokraten 3, Sozialdemokraten 15, Unabhängige 6 und Kommunisten 2 Sitze.

Kiel, 15. Juni. Nach dem vorläufigen Landtagswahlergebnis aus allen mecklenburgischen Städten, mit Ausnahme des noch ausstehenden Stellorts von Tönning, entfallen vorläufig auf die Deutschnationalen 9, die Deutsche Volkspartei 9, Wirtschaftsvereinigung 3, Demokraten 3, Sozialdemokraten 15, Unabhängige 6 und Kommunisten 2 Sitze.

Kiel, 15. Juni. Nach dem vorläufigen Landtagswahlergebnis aus allen mecklenburgischen Städten, mit Ausnahme des noch ausstehenden Stellorts von Tönning, entfallen vorläufig auf die Deutschnationalen 9, die Deutsche Volkspartei 9, Wirtschaftsvereinigung 3, Demokraten 3, Sozialdemokraten 15, Unabhängige 6 und Kommunisten 2 Sitze.

Kiel, 15. Juni. Nach dem vorläufigen Landtagswahlergebnis aus allen mecklenburgischen Städten, mit Ausnahme des noch ausstehenden Stellorts von Tönning, entfallen vorläufig auf die Deutschnationalen 9, die Deutsche Volkspartei 9, Wirtschaftsvereinigung 3, Demokraten 3, Sozialdemokraten 15, Unabhängige 6 und Kommunisten 2 Sitze.

Kiel, 15. Juni. Nach dem vorläufigen Landtagswahlergebnis aus allen mecklenburgischen Städten, mit Ausnahme des noch ausstehenden Stellorts von Tönning, entfallen vorläufig auf die Deutschnationalen 9, die Deutsche Volkspartei 9, Wirtschaftsvereinigung 3, Demokraten 3, Sozialdemokraten 15, Unabhängige 6 und Kommunisten 2 Sitze.

Kiel, 15. Juni. Nach dem vorläufigen Landtagswahlergebnis aus allen mecklenburgischen Städten, mit Ausnahme des noch ausstehenden Stellorts von Tönning, entfallen vorläufig auf die Deutschnationalen 9, die Deutsche Volkspartei 9, Wirtschaftsvereinigung 3, Demokraten 3, Sozialdemokraten 15, Unabhängige 6 und Kommunisten 2 Sitze.

Kiel, 15. Juni. Nach dem vorläufigen Landtagswahlergebnis aus allen mecklenburgischen Städten, mit Ausnahme des noch ausstehenden Stellorts von Tönning, entfallen vorläufig auf die Deutschnationalen 9, die Deutsche Volkspartei 9, Wirtschaftsvereinigung 3, Demokraten 3, Sozialdemokraten 15, Unabhängige 6 und Kommunisten 2 Sitze.

Kiel, 15. Juni. Nach dem vorläufigen Landtagswahlergebnis aus allen mecklenburgischen Städten, mit Ausnahme des noch ausstehenden Stellorts von Tönning, entfallen vorläufig auf die Deutschnationalen 9, die Deutsche Volkspartei 9, Wirtschaftsvereinigung 3, Demokraten 3, Sozialdemokraten 15, Unabhängige 6 und Kommunisten 2 Sitze.

Dienstag den 15. Juni 1920

Dresdner Volkszeitung

Krankenmehl und Krankengebäude.

Nur das Gebiet des Gemeindeverbandes Dresden und Umgebung wird folgendes gestimmt:
§ 1. Von dem zum Handel mit Kranken-Meismehl sowie zur Verwendung und Abgabe von Krankengebäude nach der Bekanntmachung vom 10. März 1920 im Besitz der Stadt Dresden zugelassenen Geschäften betrieben zu sein.
§ 2. Städteamt: Stadt. Friedr. Wilhelm, Ritterstraße 37.
§ 3. Sonderabnahmen werden nach § 10 der Bekanntmachung vom 22. Oktober 1920 betreut.
Dresden, am 14. Juni 1920.

(163)

Gemeindeverband Dresden und Umgebung.

Verteilung von Ganzei-Pulver.

§ 1. Auf Wohnung VII der weißen Deichhaltungskarte A ein Häuschen
Gaußstraße 4 ist erlaubt.
§ 2. Mindestens beim Kleinhändler: 15. oder 16. Juni 1920.
§ 3. Verteilung an die Kleinhändler: 17. oder 18. Juni 1920.
§ 4. Die Kleinhändler sind eingetragen:
a) Großhändler des Kleinhändlers und Großhandelsgelehrten wie
sonst.
b) in diesen die Firmen:
a) Kleinhändler, Schreiberstraße 18. Warmitzsch Seibert, Röhrerei-
gruppe 13. Richard Maria Raetz, Rohrbaugasse 14. Otto Kornmann,
Fritzsche & Frank Reife, Spülapparate 12. Bruno K. Gott-
mann Reife, Unternehmensname 2.
c) Angabe an die Verbraucher: 22. Juni 1920.
Zuliefereranträge: Kundenverordnung vom 25. Septem-
ber 1918.

(1634)

Dresden, am 14. Juni 1920.

Der Rat in Dresden.

Verteilung von Erbsen und Getreide.

§ 1. Auf Wohnung VII der Deichhaltungskarte des amtsbauamtma-
chenden Kreises Dresden-Lichtenberg werden
1 Pfund Erbsen und auf Wohnung 33 100 Gramm Getreide

geteilt.
§ 2. Die Wohnorte 24 und 35 sind in einem Kleinhändlergeschäft des amts-
bauamtmaßlichen Kreises am 16. und 17. Juni 1920 anzuzeigen und verordnet
bis zum 18. Juni 1920 an den unbekannten Kleinhändler abzugeben.

Die Kleinhändler der Verkaufsstellen des Komitees für Versorgung
für Dresden und Umgebung haben die Anmelde 24 und 35 bis zum gleichen
Zeitpunkt an die Gewerbeaufsichtsstelle des Komitees für Versorgung
in Dresden abzulegen, die sie sofern bis zum 21. Juni 1920 an die
Kleinhändleranstalt weitergeben hat. Nachmeldeungen sind aus-
geschlossen.

§ 3. Die Gewerbeaufsicht hat die Wohnorte 24 und 35 nach vorliegender
Periode bis zum 19. Juni 1920 an die Gewerbeaufsichtsstelle über-
geben. Diese zieht die Gewerbeaufsichtsstelle ausgewählte Kleinhändler an
am 21. Juni 1920 zu einer zentralen Versorgungsanstalt zusammen,
die Versorgungsanstalt schlägt eine Versorgungsanstalt einzuweisen,
die Versorgungsanstalt schlägt eine Versorgungsanstalt einzuweisen,
die Versorgungsanstalt schlägt eine Versorgungsanstalt einzuweisen,
die Versorgungsanstalt schlägt eine Versorgungsanstalt einzuweisen.

§ 4. Der Preis, der der Erwerb an die Verbraucher beträgt für
1 Pfund Erbsen 25 Pf. und für 100 Gramm Getreide 4 Pf.

Zuliefereranträge: Kundenverordnung vom 25. September 1918.

Dresden, am 14. Juni 1920.

Die Amtsbauamtmaßfeststellung.

Stadtgasse Rabenau

Zentrale Vergleichung zu § 1. Gros. Großmarkt: mer-
tions von 8-1. 8-2. vor Sonnabend von 8-1. Gros.
Vergleichung: Leipzig 10. Gros. Verbrauch, Ver-
waltung und Belebung von Gewerbezonen.

Stadtgasse Rabenau

Rabenau: Verwaltung von Schlungen aller Art
und nach jedem Tag Deutsches Spielende
Gewinnung von Ersatz. Werbung: Ein und
Verfügung: bei jährlicher Vergütung
Vorstand: ein Kindergarten, über. Einzelne Ver-
leihung einer Mutter. Vergütung in Form von
und Verwendungsgeschenken.

BELVEDERE

Oberer Saal
Kleinkunstbühne
Das große Programm

Unterer Saal und Garten
Heinz Elber Orchesterkonzerte
4 Uhr Eintritt frei, 8 Uhr 50 Pf., Stg. 1. M. o. St.
An Sonn- und Festtagen
11 bis 1 Uhr Früh-Konzert 10 Pf.
Weinterrasse :: Konditorei

Fata Morgana

Breite Straße

Erstaufführung für Dresden!

Der Erbe von Skialdingsholm.

Familientragödie in 3 Vorspiel und 3 Akten.
Lo Berger - Karl Beckersachs.
Dazu ein kostliches Lustspiel in 3 Akten.

Wenn man berühmt ist

mit Albert Paulig.

Vorführung: 4-10 Uhr.

10 Pf.

11 Pf.

12 Pf.

13 Pf.

14 Pf.

15 Pf.

16 Pf.

17 Pf.

18 Pf.

19 Pf.

20 Pf.

21 Pf.

22 Pf.

23 Pf.

24 Pf.

25 Pf.

26 Pf.

27 Pf.

28 Pf.

29 Pf.

30 Pf.

31 Pf.

32 Pf.

33 Pf.

34 Pf.

35 Pf.

36 Pf.

37 Pf.

38 Pf.

39 Pf.

40 Pf.

41 Pf.

42 Pf.

43 Pf.

44 Pf.

45 Pf.

46 Pf.

47 Pf.

48 Pf.

49 Pf.

50 Pf.

51 Pf.

52 Pf.

53 Pf.

54 Pf.

55 Pf.

56 Pf.

57 Pf.

58 Pf.

59 Pf.

60 Pf.

61 Pf.

62 Pf.

63 Pf.

64 Pf.

65 Pf.

66 Pf.

67 Pf.

68 Pf.

69 Pf.

70 Pf.

71 Pf.

72 Pf.

73 Pf.

74 Pf.

75 Pf.

76 Pf.

77 Pf.

78 Pf.

79 Pf.

80 Pf.

81 Pf.

82 Pf.

83 Pf.

84 Pf.

85 Pf.

86 Pf.

87 Pf.

88 Pf.

89 Pf.

90 Pf.

91 Pf.

92 Pf.

93 Pf.

94 Pf.

95 Pf.

96 Pf.

97 Pf.

98 Pf.

99 Pf.

100 Pf.

101 Pf.

102 Pf.

103 Pf.

104 Pf.

105 Pf.

106 Pf.

107 Pf.

108 Pf.

109 Pf.

110 Pf.

111 Pf.

112 Pf.

113 Pf.

114 Pf.

115 Pf.

116 Pf.

117 Pf.

118 Pf.

119 Pf.

120 Pf.

121 Pf.

122 Pf.

123 Pf.

124 Pf.

125 Pf.

126 Pf.

127 Pf.

128 Pf.

129 Pf.

130 Pf.

131 Pf.

132 Pf.

133 Pf.

134 Pf.

135 Pf.

136 Pf.

137 Pf.

138 Pf.

139 Pf.

140 Pf.

141 Pf.

142 Pf.

143 Pf.

144 Pf.

Das Beispiel, wie weit der Gewerksinn und das Verhältnis dieser Unternehmer ist die soziale Lage der Arbeiterschaft geht. Waren die Verbündungen erstaunlich, so erkennt man jetzt den Spruch, daß der Gewerkschaft nichts geht. Der Arbeitgeber versteht, daß wer sich nicht bis zum 10. Juni zu den alten Bedingungen zu arbeiten bereit erkläre, als gescheitert gelte, der Betrieb also stillgelegt werde, und doch allen Mitgliedern des Arbeitsverbandes bei Konventionstreffen verheißen sei, Ausnahmen zu solchen. So lebt man lebenswichtige Werke still. Das Volk hat nun doch über dem Kopf, das Wohnungsbauverbot führt zum Himmel, aber die Wirtschaft der Unternehmer geht über diese Schwierigkeiten hinweg. Einigung soll der seite Wille aller Funktionäre und Parteikräfte zum Ausdruck dienen. Drei berüchtigte entgegenzuwerfen und dafür zu sorgen, daß die Existenzmöglichkeit der arbeitenden Massen nicht durch Großunternehmen und künftig herbeiführte Arbeiterschaft unterbunden wird.

Arbeitsniederlegung im Feuerungs- und Schornsteinbau

Der Tarifverein Dresden des Deutschen Gewerbeverbandes gibt folgendes bekannt: Alle im Feuerungs- und Schornsteinbau beschäftigten Maurer und Arbeiter haben ein Recht, infolge plötzlicher Ableitung ihrerforderungen seitens der in Frage kommenden Arbeitgeber die Arbeit einzustellen. Alle Arbeiter, die durch diese Arbeitsniederlegung ihre Arbeit eingestellt. Alle Arbeiter, auf keinen Fall von andern Kollegen ausgeschlossen werden. Sitzesetzung soll sofort dem Verbandsbüro zu melden.

Allgemeinverbindlicher Tarifvertrag

Auf Antrag des Verbandes der Steinbauer und Zementärzte, Filiale Dresden, wurde der am 10. April 1920 von der Sprudelkammer 3 des Schleißheimerhofs im Regierungssitz des Reichsbauamts-Dresden genannte die Steinzeiger-Zwangsklausur gefällte Schiedsspruch für verbindlich erklärt.

Bekanntmachung über die Erhebung der Einkommensteuer durch Abzug vom Arbeitslohn und über die Ausstellung der Steuerkarten.

Durch die Verordnung vom 21. Mai 1920 (Reichs-Gesetzblatt S. 1098) hat der Reichskanzler den Finanzen angeordnet, daß die Vorschriften der §§ 45 bis 52 des Einkommensteuergesetzes vom 29. März 1920 über den Abzug von Einkommensteuer am Arbeitslohn mit dem 25. Juni 1920 in Kraft treten.

Die in folgenden Vorschriften des Einkommensteuergesetzes werden nachstehend wiedergegeben:

§ 45 Der Arbeitgeber hat nach näherer Anordnung des Reichskanzlers der Finanzen einzustellen, daß die Vorschriften der §§ 45 bis 52 des Einkommensteuergesetzes vom 29. März 1920 über den Abzug von Einkommensteuer am Arbeitslohn mit dem 25. Juni 1920 in Kraft treten.

§ 46 Der Arbeitnehmer ist verpflichtet, sich vor Beginn eines jeden Kalenderjahrs oder vor Beginn eines Dienstberichtszeitraums von der Gemeindebehörde seines Wohn- oder Beschäftigungsortes eine Steuerkarte ausstellen zu lassen und diese Steuerkarte dem Arbeitgeber bei jeder Lohnzahlung zum Einschleben und Entwerten der Steuermarken vorzulegen.

§ 47 Der Arbeitnehmer hat dem Arbeitgeber auf Verlangen eine schriftliche Bescheinigung über den empfangenen Lohn, den nach § 45 eingehaltenen Betrag und den Wert der von dem Arbeitgeber in der Steuerkarte eingeschlebten und entwerteten Steuermarken zu geben.

§ 48 1. Der Arbeitnehmer kann die in seiner Steuerkarte und in den Steuerkarten folgender Haushaltungsbürgen, deren Einkommen ihm zuwiderkommt, einschleben und entwerteten Steuermarken unter Abzug des entsprechenden Teiles der Steuerkarte spätestens innerhalb des nächsten drei Kalendervierteljahrabs auf die von ihm zu entrichtende Einkommensteuer an Zahlungsstättigkeit hingeben.

2. Übersteigt der Wert der nach § 45 1. hingegabenem Steuermarken den zu zahlenden Steuerbetrag, so hat das Finanzamt den überschüssigen Betrag dem Steuerzahler sofort nach der endgültigen Verabreitung in bar zu erstatten.

§ 49 Verlorene, unbrauchbar gewordene oder zerstörte Steuerkarten werden erneut. Die in solchen Fällen nachgewiesbar eingeschlebten und entwerteten Steuermarken werden ihrem Wert nach auf die Steuerschuld angerechnet; eine bare Herauszahlung findet in diesen Fällen nicht statt.

§ 50 Der Arbeitnehmer darf dem Arbeitgeber die Einbehaltung und Entrichtung des im § 45 bestimmten Betrags neben dem Arbeitnehmer als Gesamtschuldner.

§ 51 Die Vorschriften der §§ 45 bis 50 gelten auch für die sonstigen Fälle des § 1 Nr. 1 und für die Fälle des § 9 Nr. 3 entsprechend.

§ 52 Der Reichskanzler der Finanzen kann ein von den Vorschriften der §§ 45 bis 49 abweichendes Verfahren zuwenden.

Der Reichskanzler der Finanzen hat weiter auf Grund von §§ 45 und 52 des Einkommensteuergesetzes unter dem 21. Mai 1920

Bestimmungen über die vorläufige Erhebung der Einkommensteuer durch Abzug vom Arbeitslohn für das Rechnungsjahr 1920 (1. April 1920 bis 31. März 1921)

zu stellen, die in ihrem wesentlichen Teil nachstehend abgedruckt sind. Es wird darauf hingewiesen, daß diese Bestimmungen in einigen Punkten von den umfangreichen Steuerkarten abweichen. Insbesondere sind die Vorschriften in § 3 Absatz 3 und § 4 Absatz 5 neu aufgenommen und der § 2 und § 4 Absatz 2 geändert worden.

1. Allgemeine Bestimmungen.

§ 1. 1. Jeder Arbeitgeber hat bei der Lohnzahlung jede vom Hundert des Arbeitnehmers zu Lasten des Arbeitnehmers einzuhalten.

2. Soweit die Auszahlung des Arbeitslohns aus einer öffentlichen Kasse erfolgt, gilt die auszahlende Kasse als Arbeitgeber im Sinne dieser Bestimmungen.

3. Die Einbehaltung nach Absatz 1 unterbleibt, solange der Arbeitnehmer das vierzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet hat.

§ 2. 1. Das Arbeitslohn hempt ehemalige oder wiederkehrende Vergütung für Arbeitserstellungen, insbesondere Gehälter, Verdolungen, Löhne, Renten, Gratifikationen oder unter sonstiger Benennung gewährte Vergütungen der in öffentlichen oder privaten Dienst angestellten oder beschäftigten Personen, Wartegelder, Abregehalter, Witwen- und WitwenpenSSIONEN und andre Vergütungen für frühere Dienststellungen oder Berufstätigkeiten. Der Wert der Naturals- und sonstigen Sachbezüge ist aus Bezeichnung des eingehaltenen Betrags mit dem Betrage anzusehen, der sich aus den Kontrollabrechnungen ergibt. Begriffe solcher Vereinbarungen nicht vor, so ist der Wert der Naturals- und Sachbezüge nach den Ortspreisen anzusehen, die das Versicherungsamt nach § 160 Absatz 2 der Reichsversicherungsordnung festgesetzt hat. Die Vergütung zur reichsgrätzigen Rente, Invaliden- und Angestelltenversicherung, sowie zur Kosten des Arbeitnehmers vertreten worden sind, können in Abzug gebracht werden; sonstige Abzüge, insoweit sie für Werbungskosten, haben nicht zu erfolgen.

2. Das Arbeitslohn im Sinne des Absatz 1 gelten nicht:

a) die auf Grund der Militärpension- und Verletzungsgesetz bezogenen Verzummlungen, Rente, Rüstdienst, Alters- und Rentenablagen, Renten- und Rentenerhöhungen, ferner die von ehemaligen Kolonialbeamten bezogenen Rentenablagen;

b) sonstige Verzerrungsgesetze, die auf Grund einer infolge eines Kriegs erlittenen Tropenbeschädigung bezogen werden;

c) die Naturabzüge der Angehörigen der Wehrmacht (Wehrmacht und Reichsmarine);

d) Vergütung aus einer Rentenversicherung;

e) Rentenabzüge, Witwen- und WitwenpenSSIONEN und andre Vergütungen für frühere Dienststellungen oder Berufstätigkeiten, wenn ihr Jahresbetrag 1500 M. nicht übersteigt; die Vergütung des § 1 findet jedoch Anwendung auf Vergütungen, die aus öffentlichen Kassen gezahlt werden, sofern der Bezüger im Inland keinen Wohnsitz und keinen dauernden Aufenthalt hat.

3. Der eingehaltende Betrag ist, wenn die Lohnzahlung für eine Woche oder für einen längeren Zeitraum erfolgt, auf volle Mark nach unten abzurunden; in allen anderen Fällen ist der eingehaltende Betrag auf volle zehn Pfennig nach unten abzurunden.

11. Eingehaltung des eingehaltenen Betrags durch Steuermarken.

§ 3. 1. Jeder Arbeitnehmer hat sich für das Rechnungsjahr 1920 (1. April 1920 bis 31. März 1921) von der Gemeindebehörde seines Wohn- oder Beschäftigungsorts eine Steuerkarte ausstellen zu lassen. Die Ausstellung erfolgt unentgeltlich. Reicht eine Steuerkarte für die während eines Rechnungsjahrs einzuhaltenden Steuermarken nicht aus, so hat der Arbeitnehmer lediglich mit die Ausstellung einer neuen Steuerkarte und die Gemeindebehörde bitten zu tragen.

2. Der Arbeitnehmer hat die Steuerkarte auf Grund der Angaben des Arbeitnehmers der ausstellenden Behörde auszuführen. Alle weiteren Einträge haben nach Angabe des Wards durch den Arbeitgeber zu erfolgen, sofern sie nicht anderweitig für Zwecke der Steuerkartenführung beobhalten sind.

3. Die Ausstellung der Steuerkarte kann von der Gemeindebehörde auf Antrag nach Arbeitgeber überlassen werden.

Dresden, am 7. Juni 1920.

Gesetzliche Erziehung

Lehrlingswesen und Tarifverträge

In verbindlichem Blättern (siehe oben) wurde förmlich mitgeteilt, daß das Reichsministerium zur Behandlung der Lehrlingsfrage in den Angestelltenräumen eine Entscheidung getroffen habe, wonach keine Berechtigung besteht, die Regelung des ganz besonders wichtigen Kapitels im Tarifverträge zu verlangen. Diese Meldung war falsch. Wie das Reichsarbeitgeberministerium bekanntgibt, ist eine Entscheidung, daß Tarifverträge sich der Regelung von Lehrlingsfragen zu enthalten haben, nicht ergangen. Vielmehr hält das Reichsarbeitgeberministerium noch wie vor an dem Standpunkt fest, daß eine sachliche Regelung von Lehrlingsfragen zulässig ist, soweit nicht besondere gesetzliche Verhinderungen dem entgegenstehen.

Lohnhöhung im Ruhrbergbau

Düsseldorf, 16. Juni. Der am 21. Mai vereinbarte Tarifvertrag für den Ruhrbergbau wurde gestern von den Vertretern der Arbeitgeberorganisationen und denen des Bergarbeiterverbandes endgültig anerkannt. Die Arbeiter erhalten eine Lohnhöhung von 5 M. für die Schicht, wovon 1,00 M. von den Reden bezahlt und 4,00 M. vom Meile übernommen werden. Die Angestellten erhalten den Lohnzuwachs in gleicher Weise wie die Arbeiter, außerdem eine der Lohnhöhung entsprechende Gehaltsaufzehrung. Durch diese Regelung wird eine Erhöhung der Kohlenpreise vermieden.

Differenzen im Frankfurter Handelsgewerbe

Frankfurt a. M., 18. Juni. Die Arbeitgeberverbände des Einzelhandels sowie des Großhandels haben in getrennten Sitzungen den Vorstieg des Schließungsausschusses abgelehnt, der den Transportsinstituten eine abnormale Lohnhöhung genehmigt hatte.

Der Streik in Düsseldorf

Düsseldorf, 14. Juni. Der Streik der südländischen Arbeiter hält unverändert an. Da die Düsseldorfer Industrie ausnahmslos an das große Verfolgungsrecht des Südländischen Elektroindustrieverbandes ist, mußte der größte Teil der Werke heute feiern.

Die Streiklage in der ersten Zone

Berlin, 15. Juni. Wie der Telegraphen-Union aus Sonderburg gemeldet wird, wurde in Sonderburg und Auerode die Arbeit gestrichen wieder aufgenommen, während in Hadersleben weiter gestreikt wird.

Orthodoxie des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

Die nächste Versammlung findet Freitag den 25. Juni statt. Es soll Bericht vom Arbeitserzieherkurator gehen und die in der letzten Versammlung nicht erledigte Tagesordnung aufgenommen werden. Die Gewerkschaften müssen dafür sorgen, daß alle Delegierten anwesend sein können.

Briefkasten

Stettin, Briefkasten. 1. Der Normaltag der Unterholzrente für ein uneheliches Kind beträgt zur Zeit in Dresden monatlich 20 M. 2. Ja. Das Gefüll ist von den Eleuten an die Form und an die Größe zu richten. 3. Die Bildungspläne des Vaters gegenüber dem Kind bleiben trotzdem bestehen. 4. Darüber entscheidet die Oberbürgermeisterin.

6. R. Thüringen. 1. Bis jetzt besteht für deutsche Arbeiter noch keine Zustiftung. 2. Die Witterungsbedingungen sind verschwommen.

M. Et. P. Ostküste sind die Kommunalverbände und die Erzhoheitsabstufung beim Ministerium.

6. R. Thüringer Kreis. 1. Der Ehemann hat in dieser Sache den Kostenbord für den Reichsdienst zu legen. 2. Wenn die Ehefrau durch Scheidungsteil als nichtehelicher Teil betrachtet werden ist.

Verantwortlich für den reaktionellen Teil: Max Sachse, Briefkasten für den Interessenten: Max Gelfert, Dresden-Schlesien. Druck und Verlag: Fabrik u. Kom. Dresden.

Borcharts

12. Bibliothek

Eine Sammlung von Klassik, Romantik und Erzählungen.

Heder gebundene Band 2,00 Mark

Das Land im Jahr

Wirtschaftsbericht des Reichsstatistischen Reichsgerichts.

Beschriebenes Volk

Erzählung v. Max Goldschmid.

Der Pariser Garten

und andere. Von Maria Schmid.

Kriegsfahrten

1. Segeberg u. Norddeutschland. Von Dr. A. Rohrung. 1920. Mit 5 Bildern u. einer Karte.

Kriegsberichte

aus Österreich u. Südtirol. Von Willi Schmid. Erzähler. 1920. Mit 5 Bildern u. einer Karte.

Berger im Kriege

1. Schleswig-Holstein. Von Franz Diebold.

Berger im Reiche

Schlesien. Von Franz Diebold.

Radel, das Kapital

u. a. von G. Dresen.

Der Prinzipialer

Erzählung v. Willi Blaß.

Mutter

Ein Roman aus dem Leben einer Mutter. Von Otto Frey.

Der Morgen graut

Erzählung v. M. Hirsch. 1920.

Die Marientiden

Erzählung v. B. Kosiol.

Der Augustweg

Eine Erzählung v. G. Dresen.

Im Land der Led getrieben

Erzählung v. G. Dresen.

1000 M. Belohnung

Erzählungen v. B. Speer.

Die Heiterkeit

Eine lustige Erzählung von Dr. Kubitschek.

Vom Wolfshaus

zur Fabrik. Geschichte eines Unternehmens, lebendig von Dr. Kubitschek.

Erwerbst

Ein Roman aus dem Leben eines Unternehmers, von H. Grotius.

Der Gottesläster

Roman aus dem Leben des angeblich Waisenmörders von E. Grotius.

Als Zwischenstand

Erzählung von Heinrich Neuenhagen.

Berbretcher

Geheimnisvolle Erzählungen I.

Mit einer Geschichte von Dr. Kubitschek.

Volksbuchhandlung

Ein sehr markanter, aufklärender Literaturkatalog.

Grundriss

u. Fortsetzung v. Sozialdemokratie.

Sozialdemokratie

Gründungs- und Fortsetzung v. Sozialdemokratie.

